



Pressemitteilung

Erster Klimanotstandkongress fordert die Bundesregierung auf, für Deutschland den Klimanotstand auszurufen

Berlin, 2. November 2019 – Zum Abschluss des ersten Klimanotstandkongresses in Berlin, ausgerichtet von der Volksinitiative Klimanotstand Berlin, fordern die Teilnehmer*innen die Bundesregierung gemeinschaftlich auf, den Klimanotstand für Deutschland auszurufen.

Am Samstag diskutierten über 120 Vertreter*innen aus 35 deutschen Kommunen mit Klimaaktivist*innen, Politiker*innen und Wissenschaftler*innen einen Tag lang darüber, wie Bürger*inneninitiativen, Städte und Kommunen dazu beitragen können, den Klimaschutz auf allen politischen Ebenen zu höchster Priorität zu erklären. Es sprachen sowohl Luisa Neubauer und Clara Mayer von FridaysForFuture Berlin als auch der Schweizer Klimastreik-Aktivist Philippe Kramer, der von der erfolgreichen Petition in seiner Heimatstadt Basel berichtete, die als erste deutschsprachige Stadt im Februar 2019 den Klimanotstand erklärte. ScientistsForFuture Mitbegründer Prof. Dr. Christoph Schneider gab einen aktuellen Überblick zur Klimaforschung und sprach von einer „kulturellen Verantwortung“ gegenüber zukünftiger Generationen. Ausgerichtet wurde der Kongress von der Berliner Volksinitiative Klimanotstand, die im August über 40.000 Unterschriften für die Ausrufung des Klimanotstands an das Berliner Abgeordnetenhaus übergeben hatte.

“Die aktuelle Politik der Bundesregierung ist weit davon entfernt, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten. Vielen Menschen in Deutschland ist der Ernst der Lage bewusst. Die zahlreichen kommunalen Bewegungen möchten dafür sorgen, dass diese Botschaft bei der Bundesregierung ankommt. Unser erster Klimanotstandkongress in Berlin gab allen deutschlandweiten Klimaschützer*innen die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Pläne zu erarbeiten, mit dem Klimanotstand in Deutschland umzugehen. Nur gemeinsam können wir der katastrophalen Situation begegnen.” sagt Marko Dörre, Gründer der Volksinitiative Klimanotstand Berlin.

Zum Abschluss der Veranstaltung verabschiedeten alle Teilnehmer*innen eine Resolution mit der Forderung an die Bundesregierung, für Deutschland den Klimanotstand auszurufen. Die Resolution im Wortlaut:

Resolution: Erster Klimanotstandkongress fordert die Bundesregierung auf, für Deutschland den Klimanotstand auszurufen

Der von Menschen verursachte Klimawandel gefährdet die Lebensgrundlagen unseres Planeten und damit unsere Zivilisation. Die Eindämmung der Klimakrise und ihrer weitreichenden Folgen auf Ökosysteme, Lebensmittelversorgung, politische und ökonomische Stabilität ist eine Aufgabe höchster Priorität.

Im Pariser Klimaschutzabkommen hat sich Deutschland dazu verpflichtet, seine CO₂-Emissionen drastisch zu senken. Bei der dafür nötigen Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft und Wirtschaft spielen Städte und Kommunen eine wichtige Rolle. Grundsätzliche Steuerungsmöglichkeiten liegen jedoch bei der



Bundespolitik. Wichtige Entscheidungen müssen dort getroffen werden. Das im September verabschiedete Klimapakete ist dafür nicht ausreichend.

Als eine führende Industrienation haben wir eine besondere Verantwortung für die bereits verursachte Klimakrise, besonders dem globalen Süden gegenüber. Darüber hinaus hat die deutsche Klimapolitik eine besondere Signalwirkung für den Rest der Welt.

Der erste Klimanotstandkongress fordert daher die Bundesregierung auf, dem Beispiel über 70 deutscher Städte und Kommunen sowie Frankreichs, Irlands und Großbritanniens zu folgen und für die Bundesrepublik Deutschland den Klimanotstand* auszurufen.

**Klimanotstand im Sinne des engl. Begriffs Climate emergency*

Für Pressebilder: klimanotstand.berlin/kontakt/presse

Für weitere Informationen und Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an presse@klimanotstand.berlin

Rabea Koss, 0157/71431998

Marko Dörre, 0179/4666999